

D-1

| | | | |
|-------------------------------------|--|------------------------------------|--|
| Titel | Die Demokratie verdient es verteidigt zu werden! | | |
| Antragsteller*innen | Jusos Niederbayern | | |
| Adressat*innen | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz | | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen | <input type="checkbox"/> abgelehnt | |

Die Demokratie verdient es verteidigt zu werden!

- 1 Änderungen der Beschlusslage von der Landeskonferenz der Jusos Bayern im Jahr 2013 und des
- 2 Juso-Bundeskongresses 2019
- 3 Keine Abschaffung des Bundesamts für Verfassungsschutzes und der 16 Landesämter
- 4 Verstärkung der bereits begonnen Reformen
- 5 Erhöhte Transparenz und detailliertere parlamentarische Kontrolle
- 6 Personelle Aufstockung und Priorisierung von Referaten gegen faschistische Bestrebungen
- 7
- 8 **Begründung**
- 9 Die massiven Verfehlungen, die die Verfassungsschutzämter im Rahmen des NSU begannen haben, sorgten
- 10 für einen enormen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Zurecht kritisierten Viele die Blindheit auf dem
- 11 rechten Auge. Den Höhepunkt erreichte diese eingeschränkte Sicht beim „Hase“-Video während fremden-
- 12 feindlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Das damit verbundene
- 13 Interview mit Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Präsident des BfVs, der nicht von Hetzjagden auf Migrant*in-
- 14 nen sprach, sorgte entgegen mehrheitlicher Berichterstattung mit klaren Belegen für jene Hetzjagden, für
- 15 Aufsehen. In der aktuellen Betrachtung der Behörde dürfen diese Fehler nicht ungeachtet bleiben, jedoch
- 16 dürfen auch die positiven Entwicklungen nicht relativiert werden. Der neue Präsident des Bundesamts für
- 17 Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang traf weitreichende Entscheidungen im Bezug auf Reformen. So ist
- 18 aktuell in Planung die Frist für die Löschung von nicht akut ermittlungsrelevanten Akten von 10 auf 15 Jahre
- 19 zu erhöhen. Des
- 20 Weiteren setzt sich Haldenwang ebenfalls für eine stärkere Beobachtung von „Verdachtsfällen“ in Polizei und
- 21 Bundeswehr ein. Dieser Kurs ist strikt fortzuführen, um das Vertrauen in die Behörde zurückzugewinnen.
- 22 Ebenfalls ist es notwendig an Transparenz zu gewinnen. So muss dem Bundestag häufiger außerhalb von
- 23 geheimen Gremien, im Rahmen des Möglichen, Bericht erstattet werden. Der Präsident bzw. die jeweiligen
- 24 Präsident*innen der Verfassungsschutzämter sollen sich öfter als nur einmal im Jahr den Fragen der MdBs
- 25 stellen müssen.
- 26 Auch der Austausch mit zivilen Organisationen soll intensiviert werden. Der grausame Mord am
- 27 Kasseler Regierungspräsidenten, Walter Lübcke, oder der antisemitische Anschlag von Halle
- 28 (Saale) waren nur zwei Höhepunkte von faschistischen Anschlägen die das Jahr 2019 geprägt haben. Das Bun-
- 29 desamt für Verfassungsschutz zählte im Bereich des „Rechtsextremismus“ im VS Bericht 2018 ein Potential von
- 30 12.700 gewaltbereiten Personen.
- 31 Allgemein ist ein steigendes Personenpotential in dieser Szene festzustellen. Zivile Träger im Rahmen eines im
- 32 Antrag von 2013 geforderten „Demokratie-Instituts“, das den Verfassungsschutz ersetzen soll, ist hinsichtlich
- 33 der wachsenden, aggressiven Gefahr von Rechts lediglich

34 Wunschenken. Es bedarf rechtlich genau abgestimmte nachrichtendienstliche Mittel und Aufklärung von aus-
35 gebildeten Beamt*innen, um Angriffe auf die Demokratie abzuwehren. Diese hoheitlichen Kompetenzen auf
36 zivile Träger (spitzelnde Gesellschaft?) oder sogar die Polizei zu übertragen wäre von höchster Gefahr. Die
37 strikte Trennung zwischen Polizei und
38 Nachrichtendiensten ist, aufgrund der Vermeidung einer Superbehörde, stets einzuhalten.
39 Das BfV und die Landesämter müssen sich der erhöhten Gefahrenlage durch faschistische Bestrebungen noch
40 stärker im Klaren sein. Hierzu sollen bereits vorhandene Kapazitäten auf die jeweiligen Referate umgelagert
41 bzw. neue Stellen geschaffen werden. Die Einstellung dieser neuen Verfassungsschützer*innen soll nun stär-
42 ker denn je unter strengsten Bestimmungen erfolgen.
43 Auch wenn dies aus Sicherheitsgründen nicht klar belegbar ist, ist davon auszugehen, dass die
44 Verfassungsschutzämter bereits viele Angriffe auf unsere freiheitlich demokratische
45 Grundordnung vereiteln konnten. Rechte Gewalttäter – vor allem auch aus der Kampfsportszene, bereiten sich
46 immer häufiger auf den Tag X vor. Der Tag an dem die Demokratie überwunden wird. Lassen wir es nicht dazu
47 kommen! Die Verfassungsschutzämter haben Fehler gemacht und müssen kontinuierlich reformiert werden,
48 jedoch darf diese Behörde, aufgrund ihrer Wichtigkeit, nicht abgeschafft werden

Antragsteller*innen

Jusos Niederbayern

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: